

---

**2370/J XXV. GP**

---

**Eingelangt am 08.09.2014**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

der Abgeordneten Birgit Schatz, Freundinnen und Freunde an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

betreffend Entwicklung der Anzeigen und Strafbescheide nach dem Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz

### **BEGRÜNDUNG**

Seit Mai 2011 ist das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz in Kraft getreten. Die folgende Anfrage dient der Übersicht der Entwicklung der Anzeigen und Strafbescheide seit 2012 mit dem Ziel, vorrangige Wirtschaftsbranchen, Fallzahlen in den Bundesländern, ArbeitgeberInnen-Merkmale und den Ausschluss der Dienstleistungserbringung zu erfassen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgende

### **ANFRAGE**

- 1) In wie vielen Fällen haben Erhebungen zur Kontrolle des Grundlohns nach § 7f AVRAG seit 2012 bis zum Stichtag der Anfragebeantwortung einen Hinweis auf Unterschreitung des Grundlohns ergeben?
- 2) In wie vielen Fällen wurden seit 2012 bis zum Stichtag der Anfragebeantwortung Verfahren auf Grund des Verdachts des Verstoßes gegen 7i Abs. 1 eingeleitet?
- 3) In wie vielen Fällen wurden seit 2012 bis zum Stichtag der Anfragebeantwortung Verfahren auf Grund des Verdachts des Verstoßes gegen 7i Abs. 2 eingeleitet?
- 4) In wie vielen Fällen wurden seit 2012 bis zum Stichtag der Anfragebeantwortung Verfahren auf Grund des Verdachts des Verstoßes gegen 7i Abs. 3 eingeleitet?
- 5) In wie vielen, nach Bundesländern aufgeschlüsselten Fällen betreffen die eingeleiteten Verfahren ArbeitgeberInnen im Sinne der § 7, 7a Abs. 1 oder 7b Abs.1 AVRAG?
  - a. Aus welchen Ländern stammten die ArbeitgeberInnen vorrangig?

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

- b. Welche Wirtschaftsbranchen sind vorrangig betroffen?
  - c. In wie vielen Fällen waren öffentliche Auftragsprojekte betroffen?
- 6) In wie vielen nach Bundesländern aufgeschlüsselten Fällen betreffen die eingeleiteten Verfahren andere ArbeitgeberInnen als jene im Sinne der §§ 7, 7a Abs. 1 oder 7b Abs.1 AVRAG?
- 7) Ist es in Verfahren nach § 7i Abs. 1 bis 3 AVRAG bis zum Stichtag der Anfragebeantwortung bereits zum Erlass von Strafbescheiden gekommen?
- a. Wenn ja: In wie vielen, jeweils nach Strafbestimmung und Bundesländern aufgeschlüsselten Fällen und Wirtschaftsbranchen?
  - b. In wie vielen Fällen betreffen die erlassenen Bescheide ArbeitgeberInnen im Sinne der § 7, 7a Abs. 1 oder 7b Abs.1 AVRAG?
  - c. In wie vielen Fällen betreffen die erlassenen Bescheide andere ArbeitgeberInnen als jene im Sinne der § 7, 7a Abs. 1 oder 7b Abs.1 AVRAG?
- 8) In wie vielen Fällen wurden seit 2012 bis zum Stichtag der Anfragebeantwortung Verfahren betreffend Untersagung der Dienstleistung nach § 7j eingeleitet (aufgeschlüsselt nach ArbeitgeberInnen mit und ohne Sitz in einem EU/EWR-Mitgliedsstaat)?